

# Laibacher Zeitung.



Nr. 154.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 9. Juli

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Juni d. J. die von der Wiener Universität vollzogene Nomination des Professors der Kirchengeschichte an der genannten Hochschule, Dr. Anton Horny, zum Dombherrn des Wiener Metropolitan Capitels allergnädigst zu genehmigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juli d. J. den Rechnungsrath der Militärcentral- und Marinebuchhaltung Andreas Breiner zum Kriegsbuchhalter mit den systemmäßigen Bezügen allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Ministerium für Cultus und Unterricht hat die an der Lehrerbildungsanstalt in Budweis erledigte Stelle eines Lehrers der Hauptlehrer Anton Slamka in Leitmeritz verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Kein Staatsbankrott.

\* **Wien, 8. Juli.** Einige hiesige Blätter haben in den letzten Tagen die Eventualität eines Staatsbankrotts mit besonderer Vorliebe ins Auge gefasst und haben sich allerdings in einer unzureichenden Weise sogar für die Durchführung eines Staatsbankrotts erklärt. Wir haben mehrere male bereits Gelegenheit gehabt, dieser finanziellen Radical-Curmethode mit sachlichen Gründen entgegenzutreten und würden es auch heute thun, wenn uns die „Debatte“ mit ihren diesbezüglichen Auseinandersetzungen in den wesentlichsten Punkten nicht der Mühe bereits entthoen hätte. Uebrigens glauben wir auf den Finanzartikel der „Deb.“ umso mehr greifen zu sollen, weil er, wenn er auch nicht aus den maßgebenden und leitenden Finanzkreisen herrührt, dennoch Ansichten und Urtheile, Mittel und Ziele berührt, die mit jenen dieser Kreise, wie wir versichern dürfen, im Ganzen harmoniren.

Die „Debatte“ erklärt es als unzweifelhaft richtig, daß die Finanzlage Oesterreichs gegenwärtig eine sehr düstere ist, und daß es sogar sträflich erscheinen müßte, sie günstiger darstellen zu wollen, als sie es in der That ist. Wenn man aber nach diesem Zustände an eine Herstellung der finanziellen Gesundheit Oesterreichs gehen will, so wird man wohl vor allem den ganzen wirtschaftlichen Organismus nach seiner Lebenskraft und Leistungsfähigkeit prüfen und darnach die Mittel abwägen müssen, welche man mit Erfolg anwenden kann.

Mit der eifrigsten Pflege der Volkswirtschaft, mit dem Einlenken in die Bahnen einer rationelleren Handelspolitik, mit der Reform der Besteuerung und der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte wird die Regelung des Geld- und Creditwesens und die Herstellung der Valuta gleichen Schritt halten müssen. Eines ohne das Andere wäre nur eine halbe Maßregel und nur eine künstliche Verhüllung der äußeren Wunden, ohne deren innerliche Heilung. „Wer dir sagt, daß du auf anderem Wege wohlhabend werden kannst, als durch Arbeiten und Sparen, der ist ein Betrüger“ — hat Benjamin Franklin seinen armen Richard zum Volke sprechen lassen; wir aber behaupten, wer da sagt, daß die finanzielle Ordnung in irgend einem Staate auf eine andere Weise hergestellt werden kann, als durch Fortschritte in der Production und Hebung des allgemeinen Wohlstandes, durch möglichste Sparsamkeit in den Ausgaben, Erzielung von Ueberschüssen an den Einnahmen, pünktliche Einhaltung aller Verpflichtungen gegenüber den Staatsgläubigern und allmähliche Verminderung der Lasten durch normale Reduction der Schuld an Zinsen und Capital, der ist ein Lügner.

Fällt man diese allgemein bekannten Grundwahrheiten fest, dann wird man auch einsehen, daß ein Staatsbankrott, welcher jetzt in Oesterreich als simple Gewaltmaßregel durchgeführt würde, nicht nur ein Unrecht, sondern daß er auch, was noch viel schlimmer ist, unnütz und überflüssig wäre. Wir finden es daher noch vollkommen begreiflich, daß weder die ungarische, noch die diesseitige Regierung die Eventualität einer Reduction der Zinsen der Staatsschuld oder einer Entwerthung der Staatsnoten oder irgend einer anderen Art von Staatsbankrott in Erwägung gezogen hat.

Der Staatsbankrott ist aber bei der herrschenden Sachlage auch durchaus nicht nothwendig. Allerdings ist unsere Finanzlage eine ernste, aber noch immer keine verzweifelte, noch immer nicht so traurig, wie sie im Jahre 1811, wie sie zur Zeit des Directoriums in Frankreich und zur Zeit der Revolutionskriege in England war. Es ist wahr, daß man für den Augenblick an eine Erhöhung der Steuern nicht denken darf, aber eine bessere Vertheilung derselben ist noch immer möglich und sogar geboten und wird gewiß nicht verfehlen, die Einnahme des Staates zu steigern. Von dem Erfordernisse wird Manches gestrichen werden können. Aber auch das Einlenken in die Bahnen einer liberalen Zoll- und Handelspolitik und die kräftige Förderung aller Zweige der wirtschaftlichen Thätigkeit werden nicht ohne wohlthätige Rückwirkung auf die Staatsfinanzen bleiben, abgesehen davon, daß heute schon der Ernst, mit welchem der rechte Constitutionalismus endlich acceptirt wurde, in der Anregung des gesammten socialen, geistigen und ökonomischen Lebens zu erhöhter Thätigkeit die schönsten Früchte trägt.

Wir geben uns darum — sagt die „Debatte“ — gewiß keinem gefährlichen Optimismus hin, wenn wir glauben, daß ein durch die Hebung der Volkswirtschaft und die freiheitliche Entwicklung neugekräftigtes Oesterreich ohne große Opfer ein Ausgabenbudget von 430 Mill. wird ertragen können.

Der Staatsbankrott werde aber endlich auch für sich allein gar nicht jene Hilfe bringen, die man von ihm erwartet. Ohne Herstellung der Valuta würde nämlich eine Reduction der Zinsen der Staatsschuld sich gar nicht durchführen lassen. Würden aber beide Maßregeln gleichzeitig ins Leben gerufen, so würden dieselben eine furchtbare Störung des gesammten Verkehrs, in weiterer Folge ein fast gänzlich Aufhören des Getreide- und Waaren-Exportes, und somit eine totale Verarmung beider Reichshälften auf eine lange Reihe von Jahren zur Folge haben. Durch eine rasche Einziehung des Staatspapiergeldes würde unter den jetzigen Verhältnissen auch die einzige Quelle, welche wir für die Füllung der Canäle des Verkehrs mit den nöthigen Summen von Metallgeld besitzen, nämlich der Barschat der Nationalbank, bald erschöpft sein, und es würde sich ein für den Handel und die Production sehr bedenklicher Mangel an Circulationsmitteln für eine geraume Zeit einstellen.

Man möge nun die Sache betrachten von welcher Seite man will, man gelangt immer wieder zu dem Resultate, daß ein Staatsbankrott uns gar nicht jene Vortheile bringen würde, welche man von ihm von mancher Seite für die Finanzen erwartet, wenn man auch all' das tausendfache Elend und den endlosen Jammer, kurz alle die Uebel, welche ein Staatsbankrott im Gefolge hätte, gar nicht berücksichtigt.

### Die „Wr. Abdyt.“ über die preussische Presse.

Aus Anlaß des feindseligen Auftretens der preussischen Regierungsblätter gegen Oesterreich bringt die „Wr. Abdyt.“ nachstehenden Artikel, dem wohl jeder Unbefangene Anerkennung zollen wird.

Es ist unverkennbar und sogar von preussischer Seite selbst gewürdigt worden, daß die kaiserliche Regierung, seit Freiherr v. Beust die Leitung der Geschäfte übernommen, der Presse, auf welche sie Einfluß zu üben in der Lage ist, bei Besprechung der Beziehungen zu Preußen eine gewisse Zurückhaltung zur strengen Pflicht gemacht hat. Der Ton, in welchem diese Beziehungen erörtert wurden, trug nie den Charakter des Feindseligen oder Gereizten, die österreichische Regierungspresse hatte stets ein offenes Wort, um manche Gegensätze zu versöhnen, manches ausgebrochene Mißverständnis zu beseitigen. Leider wurde und wird von Seite der preussischen Presse keineswegs volle Gegenseitigkeit geübt. Das alte System allgemeiner Anschuldigungen aus eben so allgemeinen und unerwiesenen Behauptungen, das System der directen und indirecten Verdächtigungen, des kleinen Zeitungskrieges findet dort noch immer überreiche Vertretung. An und für sich ist das weder eine neue noch besonders entmuthigende Erscheinung. Denn die Erfahrung hat schon mehrmals gelehrt, daß die Angriffe der preussischen Presse gleichen Schritt hielten mit der successiven Erstarkung Oesterreichs, daß sie am schärfsten und prononcirtesten dann hervortraten, wenn die Politik des Wiener Cabinets sich der Sympathien und des Beifalles der europäischen Mächte erfreute, und vor allem

dann, wenn entscheidende Schritte zur Ausgleichung der Conflicte im Innern, zur Gründung oder Befestigung verfassungsmäßiger freiheitlicher Institutionen gethan wurden. Im gegenwärtigen Augenblicke vollends ist der Unmuth eines Theils der preussischen Presse, welcher die jüngste Entwicklung in Oesterreich und den Geist, von dem sie beherrscht wird, zum Vergleiche mit den Tendenzen heranzieht, welche bei der Constituirung des Norddeutschen Bundes den Ausschlag gegeben haben, wohl nicht allzu schwer zu erklären. Daß es nicht die Freiheitsfragen waren, welche bei dieser Constituirung in erster Linie in Betracht gezogen wurden, mag bei manchen Blättern doppelt schwer ins Gewicht fallen, wenn sie gleichzeitig auf die aufrichtigen Bestrebungen der österreichischen Regierung blicken, die Ordnung der verfassungsmäßigen Zustände im Innern nur auf der Basis wahrer Volksfreiheit herbeizuführen.

Allein die Erkenntniß dieser Verhältnisse kann uns nicht hindern, einmal auch ein Wort der Abwehr zu sprechen, wenn das alte Spiel der Schmähung und Verdächtigung Oesterreichs allzu offen betrieben wird. Es ist die „Schles. Ztg.“, gegen welche wir uns heute wenden müssen. In einem Artikel, der so viele ungerechtfertigte und nicht zu rechtfertigende Behauptungen als Sätze enthält, mustert sie das in Oesterreich herrschende „System“ und insbesondere die Stellung Oesterreichs zu Preußen. Natürlich hat die ganze Haltung Oesterreichs nur „das Ansehen kalter Gleichgültigkeit, wo nicht jener lauernden Berechnung, welche sehr wohl an die Stunde denkt, die zur Heimzahlung der erlittenen Niederlagen geeignet wäre“. Die „Schles. Ztg.“ fährt hierauf fort: „Vor nicht langer Zeit haben wir einer Darlegung der Preussischen Politik gedacht, wie sie die „Augsb. Allg. Ztg.“ gebracht und worin dieselbe nothwendig als eine Politik der Rache bezeichnet wurde. Wir konnten den dort angegebenen Argumenten nicht widersprechen, haben uns aber gleichwohl nicht zu der Behauptung herbeigelassen, als ob eine solche Politik des Herrn v. Beust dazu angethan wäre, Oesterreich auf einen grünen Zweig zu bringen.“

Man kann allerdings auch im guten Sinne an jemandem Rache nehmen; man kann, um mit dem Sprichworte zu reden, feurige Kohlen auf das Haupt des Gegners sammeln, und das hätte Oesterreich am besten thun können, wenn es die Schläge des vorigen Jahres so rasch als möglich zu seiner Erhebung benützt und durch eine Politik, welche durch Schaden klug geworden, Preußen Achtung und Freundschaft abgezwungen hätte. Wir glaubten einige male, Herr v. Beust sei von diesem Gedanken geleitet, der für den Kaiserstaat von offenbarem Segen gewesen wäre. Aber seit Monatsfrist ist man in Wien verschlossener und so zu sagen morosener gegen Preußen geworden. Man vermeidet geflissentlich jede Berührung und Beziehung, welche eine Verständigung anbahnen könnte. Man ist fast bis ans Herz und zugeknöpft bis an den Hals, während sich doch eine Menge von Gelegenheit darbietet, ohne sich nur das mindeste zu vergeben, mit uns auf einen guten Fuß zu kommen. Sind das vorerst auch nur Unterlassungssünden, so kennzeichnen sie doch hinlänglich das System, welches man doch in der Wiener Hofburg wieder befolgt — jenen alten finsternen Geist der Rache, die nichts lernt und nichts vergißt und trotz aller Friedensschlüsse über Plänen brütet, seinerzeit Wiedervergeltung zu üben. Dieser Geist hat in der Hofburg seit Friedrich dem Großen nur mit der kurzen Unterbrechung unter Joseph II. gegen Preußen geherrscht, ohne auch nur ein mal dem Kaiserstaate zum Heile zu gereichen, und das ganze Metternich'sche System war von diesem Geiste gegen Preußen dictirt; obwohl es sich hinter die Maske der Freundschaft und intimen Allianz zu verstecken wußte, verbarg es doch unter dem Deckmantel der Solidarität der dynastischen Interessen eine unerwiesene Besessenheit, Preußen überall niederzuhalten und am wenigsten in Deutschland zu seiner berechtigten Stellung gelangen zu lassen.“

Und zum Schlusse heißt es: „Alles in Allem genommen, scheint uns das System, welches man heute wieder in Wien befolgt, das alte falsche zu sein, und wir können das nur aufs tiefste bedauern, weil dadurch die Zeit noch sehr fern gehalten, vielleicht für immer verschertzt wird, in welcher der Kaiserstaat wieder zu seinen Kräften und dadurch zu gesunden, gedeihlichen Zuständen kommen könnte.“

Diese Art von Darlegung der österreichischen Verhältnisse hat nicht viel Ueberraschendes. Die Phrase von dem finsternen Geist, der in der Hofburg brütet, ist uns kaum

weniger geläufig geworden, als die Phrase von der spanischen Hauspolitik der Habsburger. Neu ist nur die Anwendung, die ihnen von der „Schles. Ztg.“ gerade jetzt gegeben wird. Was in der That hat der gegenwärtige Leiter der österreichischen Politik gethan, so oft er in der Lage war, die Stellung Oesterreichs zu Preußen zu markiren? Es ist bekannt, daß Freiherr von Bausi fast unmittelbar nach seinem Amtsantritte bemüht war, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich bezüglich der Inhaberschaften von preussischen Regimentern ergeben hatten, daß von ihm die erste Anregung zur Wiederbeseitigung unserer commerciellen Beziehungen zum Zollverein ausgegangen war. In der luxemburgischen Frage hat er sich den vollen Dank auch der preussischen Tagespresse verdient. Die klaren Bestimmungen des Prager Friedens haben ihn weder zu einer Einsprache gegen die preussischen Schutz- und Trugbündnisse mit den süddeutschen Staaten, noch zu einem diplomatischen Eingreifen in die jüngsten Zollvereinsverhandlungen bestimmt. Auf jedem Gebiete und über den Buchstaben rechtlicher Sätze hinaus ist die österreichische Politik bemüht gewesen, ein freundschaftliches Verhältniß zu Preußen zu begründen und festzuhalten.

Das sind die positiven Thatsachen und sie gestatten genügende Rückschlüsse auf den Charakter der österreichischen Politik. Eine größere Annäherung an Preußen konnte sie allerdings nicht herbeiführen. Denn in der That ist von preussischer Seite nicht ein einziger Antrag ausgegangen, welchen Oesterreich abzulehnen in der Lage gewesen wäre, und welcher der preussischen Presse das Recht gäbe über die Kälte, Verschlossenheit und Morosität Oesterreichs zu klagen. Wenn man irgendwo kalt und zugeknöpft war, so war es sicher nicht in Oesterreich, dem die Gelegenheit, mit seiner Gesinnung hervorzutreten, wenigstens nicht von Preußen geboten wurde.

Damit erledigen sich denn, wie wir glauben, vollständig die Beschuldigungen der preussischen Presse und speciell der „Schles. Ztg.“ Das Verleghende, das in ihnen liegt, wird dadurch nur erhöht, daß die Voraussetzungen dieser Anklagen absichtliche Entstellungen der Wahrheit sind. Ob es die Aufgabe der Publicistik in diesem Augenblicke sein kann, Gegensätze, wenn sie ja bestehen, zu verschärfen, die kaum überwundenen Regungen gegenseitiger Gereiztheit und Verstimmung mit dem erbärmlichsten aller Mittel, mit dem der Lüge wieder wachzurufen, — das zu beurtheilen, können wir ruhig der öffentlichen Meinung überlassen.

Gern würden wir jenen Artikel der „Schles. Ztg.“, gerade der darin enthaltenen Uebertreibung wegen, ignoriren, wenn er vereinzelt dastünde, allein er ist leider nur der potenzierte Ausdruck kleiner Plänkereien, die seit einiger Zeit in der gesammten preussischen Presse sichtbar werden, und eben weil wir Verständigung und Frieden wollen, verlangen wir Wahrheit und Aufklärung.

### Parlamentarisches.

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten trat am 6. d. M. unter Vorsitz seines Obmannes Baron Tinti zu einer Berathung zusammen. Der Obmann beantragte, daß sich der Ausschuss in fünf Sectionen theile. Abg. Pippmann beantragte die Bildung von drei Sectionen, und zwar einer für agricole und Credit-Angelegenheiten, einer zweiten für Gewerbe und Industrie und einer dritten für Handel und Verkehr. Der Antrag wird angenommen und zur Bildung dieser Sectionen geschritten. Dieselben erscheinen in folgender Weise zusammengesetzt:

1. Agricole Section. Tinti, Lumbe, Müller, Berghen, Wodzytz, Graf Kinsky, Dr. Stieger, Horodyzki, Wezyl, Daubel, London, Beeß, Czerny, Conti, Plankensteiner. 2. Gewerbe- und Industrie-Section. Schlegel, Seyffertis, Tunner, Bachofen, Daubel, Steffens, Proskowek, Skene, Mayr, Klun, Jeffernigg. 3. Handels- und Verkehrs-Section. Dürkheim, Pippmann, Rogawski, Bidulich, Stamm, Rübeck, Seyffertis, Petrino, Giovanelli, Hopfen, Wichhoff.

Den zweiten Gegenstand der Berathung bildete die Petition der Gemeinde Leopoldstadt in Angelegenheit der Donau-Regulirung. Nach einer kurzen Debatte, über die Art und Weise, wie diese Petition zu behandeln sei, wurde beschlossen, sie der dritten Section zur Vorberathung zuzuweisen.

Hierauf erfolgte die Constituirung der Sectionen, und wurden in der ersten Section zum Obmann Abg. Plankensteiner, zu dessen Stellvertreter Abg. Lumbe, zum Schriftführer Stieger gewählt. — In der zweiten Section wurden gewählt: zum Obmann Skene, zu dessen Stellvertreter Tunner, zum Schriftführer Steffens. — In der dritten Section wurden gewählt: zum Obmann Graf Dürkheim, zu dessen Stellvertreter Pippmann, zum Schriftführer Baron Rübeck.

Der Club für volkswirtschaftliche Besprechungen beschäftigte sich am 5. d. M. mit der Frage, in welcher Weise man mit dem Handelsministerium zur Vorberathung des Wasserrechtsgesetzes in Verkehr treten solle. Abg. Tinti war der Ansicht, man müsse sich erst darüber klar werden, ob man ein codificirtes Wasserrechtsgesetz als Ganzes herausgeben soll, oder ob es nicht wünschenswerther erscheine, um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, mit einzelnen Theilen,

welche die Interessen nach keiner Hinsicht verletzen, sondern nur fördern können, hervorzutreten. Abg. Skene sprach sich für die Codificirung des ganzen Gesetzes aus, und meinte, es wäre am geeignetsten, wenn der Club von der Regierung die Vorlage des Materials verlange und sich dann erst darüber entscheide, inwiefern mit der Regierung ein Wasserrechtsgesetz zu vereinbaren wäre, oder ob nicht ein solches aus der Initiative des Clubs hervorgehen sollte.

Abg. Conti stimmt der letzteren Anschauung bei, unter Hinweisung auf das lombardisch-venezianische Wasserrechtsgesetz, welches den Wasserbezug sehr gut regle, und dessen Mittheilung von der Regierung daher auch zu verlangen wäre. Hierauf reichte sich eine kleine Controverse zwischen dem Abg. Toman und Abg. Rübeck über die Competenzfrage, ob nämlich die Landtage oder der Reichsrath ein solches Wasserrechtsgesetz zu berathen hätten. Die Entscheidung über diese Frage blieb jedoch einer späteren Verhandlung des Clubs vorbehalten.

Abg. Stieger wies darauf hin, daß die Regierung alle Landtage und Advocatenkammern über diese Frage vernommen habe, also im Besitze eines sehr reichen Materials sei, daß sie gegenwärtig die Vertreter aller Länder hier versammelt habe, und daß es daher angezeigt erscheine, wenn die Regierung mit dem Club über diese Frage in Verkehr träte.

Es betheiligten sich an dieser Debatte noch die Abgeordneten Eichhoff, Steffens, Lumbe, Klun, Müller und Proskowek. Schließlich stellte Abg. Skene den Antrag, von der Regierung das in dieser Richtung gesammelte Material zu verlangen und den Vorsitzenden zu beauftragen, mit dem Ministerium in Verkehr zu treten, um sich dessen Ansichten anzueignen und dieselben bei der weiteren Debatte im Club zum Ausdruck bringen zu können. Dieser Antrag wurde angenommen.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Eingabe eines Ingenieurs um Verbreitung eines Geheimmittels gegen die Viehsenche. Dieser Gegenstand wurde als nicht zur Besprechung geeignet erkannt und deshalb hierüber eine weitere Verhandlung auch nicht geführt.

Bei dieser Gelegenheit machte Abg. Tinti die Bemerkung, daß, nachdem man erkannt habe, daß die Rinderpest in Ungarn bereits heimisch sei und die Sanitätsvorschriften dort wenig oder gar nicht beachtet werden, man abermals gezwungen sei, die gegen das aus Ungarn kommende Vieh bestehenden Vorschriften und Verordnungen zu erneuern und zu republiciren.

### Oesterreich.

Wien, 6. Juli. Die „Wr. Ztg.“ schreibt: Am 1. Juli hat die ins Leben gerufene „Ministerialcommission für die Evidenzhaltung und Veräußerung des unbeweglichen Staatseigenthums“ unter dem Präsidium des k. l. Sectionschefs im Finanzministerium, Dr. Ferdinand Gobbi, ihre Wirksamkeit begonnen. Die Commission besteht außer dem Präsidenten aus den Ministerialräthen Freiherrn v. Hingenau und v. Randory, dem Sectionsrathe Freiherrn v. Friedensfels, dem Finanzprocuratursrathe Dr. Postl und den Ministerialsecretären v. Orleans und Dr. Bezceny. Die Wirksamkeit der Commission ist eine doppelte: Constaturirung und Evidenzhaltung des liegenden Besitzes des Staates und Durchführung der allmähigen Veräußerung desselben, insoweit eine solche bei einzelnen Objecten schon ihrer Natur nach oder aus principiellen Gründen nicht von vornherein ausgeschlossen erscheint. Leider hat bis jetzt eine vollkommen verlässliche Uebersicht über die einzelnen Gruppen des unbeweglichen Staatseigenthums, aus der man sich über den Umfang, die Beschaffenheit, das Erträgniß, die Lasten und überhaupt über die den Werth eines Objectes bestimmenden Momente leicht und vollständig informiren könnte, gefehlt. Vieles ist in dieser Richtung aus Anlaß der Contrahirung des Anlehens von 60 Millionen Gulden mit der österreichischen Bodencreditanstalt geschehen, welche zur Beurtheilung, ob und inwieweit eine statutenmäßige Belehnung der einzelnen ihr zur Hypothek angebotenen unbeweglichen Güter stattfinden kann, die genauesten Nachweisungen über alle hier maßgebenden Factoren forderte und, hiemit noch nicht zufrieden, in vielen Fällen auch noch Besichtigungen derselben durch ihre eigenen Organe vornehmen ließ, um den von ihr zu gewährenden Darlehen die vollste statutenmäßige Deckung zu sichern. Uebrigens sind bereits früher Anläufe zur Herstellung derartiger Uebersichten unternommen worden, die aber theils an der nicht gar zweckmäßigen Art der Anordnung scheiterten, theils aus anderen Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde, nicht von dem gewünschten Resultate begleitet waren. Jedenfalls liegt eine große Masse werthvoller Materials vor. Dieses zu sichten, zu ordnen, zu ergänzen und auf diese Weise zur Anlegung eines Katasters oder Lagerbuches zu gelangen, welches, mit sorgfältiger Beachtung aller sich ergebenden Veränderungen geführt, über den momentanen Besitzstand des Staates die verlässlichsten Auskünfte zu bieten vermag und dem Kauflustigen die Orientirung über jene Verhältnisse, deren genaue Kenntniß ihm noththut, erleichtert — das ist der erste Theil der Aufgabe der Commission, welcher gleichsam die Prämisse zur Lösung des zweiten, der Durchführung der

Veräußerung bildet. Auf die Frage, ob es überhaupt zweckmäßig und mit den Forderungen einer gesunden wirtschaftlichen Politik vereinbar sei, daß der Staat sich seines unbeweglichen Besitzes möglichst entäußere, dürfte die Antwort kaum zweifelhaft sein. Es wäre vergeblich, leugnen zu wollen, daß die Staatsregie keine sehr ergiebige ist und der Ertrag der Staatsgüter zu ihrem Capitalswerthe in einem sehr ungleichen Verhältnisse steht. Und es kann füglich gar nicht anders sein. Eine rationelle Bewirthschaftung bildet für die Privatregie ein weit weniger schwieriges Problem, als für den Staat. Der ungeheurer Körper des Domainenbesitzes macht einen Ueberblick über die einzelnen Objecte fast unmöglich und zwingt den Staat, wenn er sich nicht ganz und gar auf die untergeordneten Verwaltungsorgane verlassen will, einen schwerfälligen Controlsapparat zu schaffen, der dasjenige wieder verschlingt, was er dem Staate zu erhalten bestimmt ist. Zudem man die Staatsgüter der rührigen Privatregie überantwortet, erwächst dem Aerar ein doppelter Vortheil hieraus, da einerseits die in dem unbeweglichen Vermögen festgebaunten Werthe mobilisirt werden und an Stelle einer nur nothdürftig sicheren eine wirkliche Ertragsquelle geschaffen, andererseits aber die Befreiung des Staatshaushaltes von einem ausgedehnten Verwaltungszweige mit dem ganzen daran hängenden Ballast der Administration und dem reichhaltigen Inventar von Beamten erzielt wird. Durch die Concentrirung der Veräußerungsverhandlungen im Schooße der Commission wird nun vor allem ein einheitliches Vorgehen in allen hieher einschlägigen Fragen ermöglicht und dadurch der Abwicklung der ersteren ein wesentlicher Vorjub geleistet. Es wird dafür gesorgt werden, daß die einlangenden Kaufanbote, mögen diese nun einzelne Objecte oder ganze Gruppen betreffen, so rasch als möglich zur Berathung gelangen und ihre Erledigung finden. Den Kauflustigen wird durch Gewährung der Einsichtnahme in die Schätzungsoperatte, Betriebsrechnungen etc. und durch bereitwillige Gestattung einer eingehenden Besichtigung der in das Auge gefaßten Gutskörper Gelegenheit geboten werden, sich genaues Urtheil über den Werth und die Preiswürdigkeit derselben zu bilden. Endlich wird es Sache der Commission sein, zu entscheiden, welche Güter und in welcher Reihenfolge sie der Veräußerung zuzuführen sind, in welchen Fällen der licitatorische, in welchen der Verkauf aus freier Hand Platz greifen solle, ob Unterhändler zuzulassen seien und ob überhaupt Commissionsverkäufe statt haben können, welche Provision hiebei zuzugestehen wäre u. s. w. Es braucht wohl nicht erst beigefügt zu werden, daß die Schlußfassung über die Verathungsergebnisse der Commission, insofern es sich um die eigentliche Durchführung der Verkaufsverhandlungen handelt, dem Finanzminister, als dessen Vertrauensorgan sie sich vorwiegend darstellt, vorbehalten bleibt und daß bei allen die Veräußerung von unbeweglichem Staatseigenthum betreffenden Acten die verfassungsmäßigen Bestimmungen strenge werden im Auge behalten werden.

Wien, 6. Juli. Se. Majestät hat mit allerhöchster Entschluß vom 1. d. M. 271 siebenbürgischen Sträflingen und Untersuchungshäftlingen den Rest der Strafzeit, resp. die Untersuchungshaft, allernädigst nachzusehen geruht.

Fiume, 6. Juli. Ablegat Radich und Altersmann Matkovich wurden bei ihrer Ankunft von der Fiumaner Bevölkerung enthusiastisch begrüßt und fand ihnen zu Ehren eine großartige Fackelfenarade statt. Für Scarpa, welcher momentan abwesend, werden großartige Ovationen für Montag vorbereitet.

### Rusland.

Dresden, 6. Juli. Das „Dresdner Journal“ publicirt die Ausführungsverordnung zur Reichsverfassung. Die bisherigen Gesetzbestimmungen gegen die Niederlassung der Israeliten sind außer Wirksamkeit gesetzt. — Von Lugau sind seit gestern keine Nachrichten eingelaufen; man glaubt, sämmtliche Verschüttete seien todt.

Madrid. Den Berichten französischer Blätter zufolge soll die aufständische Bewegung, über welche bis jetzt nur sehr vereinzelte und unbestimmte Angaben in die Oeffentlichkeit gelangt sind, größere Verhältnisse angenommen haben. Wie der Courier Francais wissen will, behaupten die Insurgenten das flache Land zwischen Toledo und Cuenca. Die Guardia Civil, die man ihnen entgegengeschickt, soll bereits mehrere Schlägen erlitten haben. Toledo und die umliegenden Ortshäfen mit Verwundeten überfüllt sein, so daß man sich sogar genöthigt gesehen habe, eine Anzahl derselben nach Madrid zu bringen. Wahrscheinlich sind diese Angaben stark übertrieben, wenn auch Anzeichen genug vorhanden sind, daß die Revolutionspartei eine allgemeine Schilderhebung vorbereitet.

Aus Mexico. Die „Newyork Tribune“ vom 21. Juni enthält ohne weitere Angabe des Datums folgendes Resumé mexicanischer Nachrichten: „Das Verhör Maximilian's, welches am 4. d. wieder aufgenommen werden sollte, wurde vertagt. Es wird immer mehr wahrscheinlich, daß die Untersuchung unter dem einen oder dem anderen Vorwande bis zur Einnahme von Mexico und Vera-Cruz und bis zur Ankunft des amerikanischen Gesandten verschoben werden wird. Mitt-

terweise werden zur Beschwichtigung des aufgeregten Volkes und der Armee, welche das Blut Maximilians verlangt, umfangreiche Berichte über seine Hinrichtung verbreitet. Falsche Proclamationen, angeblich von ihm unterzeichnet, werden am Sitze der Regierung ausgegeben und als echt erklärt, und jedes Mittel wird angewendet, um die gefallene Regierung verächtlich zu machen. Fünfzig der vornehmsten Damen von San Luis Potosi hatten eine Unterredung mit dem Präsidenten, um für das Leben Maximilian's zu bitten. Der Präsident erwiderte, daß die Sache ihm noch nicht zur Entscheidung vorgelegt worden sei. Sobald ihm der Act unterbreitet werden würde, werde er die Bitte der Damen berücksichtigen. Die wachsende Insubordination der Generale verursacht hier Unruhe. Deserteur, welche sich als Räuberbanden organisiren, machen die Straßen um San Luis Potosi unsicher. Aus der Stadt Mexico wird gemeldet, daß Marquez die Frau des Minister Suarez, Igleside, und die Frau des liberalen Gouverneurs der Provinz ins Gefängniß geworfen und gedroht habe, sie und noch fünfzig andere liberale Familien welche er unter Gewahrsam hält, zu erschließen, wenn Maximilian nicht ausgeliefert werden sollte. Marquez mag dies gethan haben, um sein eigenes Leben zu retten. Er ist jedoch nicht der Mann, um für einen anderen auch nur einen Finger zu heben. Bis zum 3. Juni war die Belagerung noch im Gang. Diaz bemüht sich, die Stadt in derselben Weise wie Queretaro zum Fall zu bringen. Fast die ganze Armee Escobedo's und mit Ausnahme von 3000 Reitern, welche nach Salisco gegen Lozardo gesendet wurden, auch die ganze Armee Corona's ist zu Diaz gestoßen, welcher nun jeden beliebigen Tag die Stadt im Sturme nehmen kann. — Der Präsident der Vereinigten Staaten hat aus Neworleans ein Telegramm erhalten, welches meldet, daß Agenten Santa Anna's in Neworleans eingetroffen seien, welche verkünden, daß ihr Führer in Mexico gelandet sei, und daß seine Freunde in Vereine mit den Anhängern Maximilian's, ihn, Santa Anna, zum provisorischen Gouverneur von Mexico ausgerufen haben. — Ueber den letzten Versuch Santa Anna's wird aus Washington, 20. Juni, Folgendes berichtet: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat heute officiële Depeschen vom Vereinigten-Staaten-Consul in Vera-Cruz und von Leroy, dem Commandanten des vor Vera-Cruz vor Anker liegenden Kriegsschiffes „Tulahoma“, erhalten. Beide melden, daß am 4. d. Santa Anna auf dem Dampfer „Virginia“ vor Vera-Cruz erschienen sei und das Schiff sich unter den Kanonen des Forts, dessen Commandant ein Freund Santa Anna's sei, vor Anker gelegt habe. Santa Anna verkündete mit großem Lärm, daß er auf den Wunsch und das Ersuchen von Suarez und Maximilian und mit dem Willen und der Unterstützung der Vereinigten Staaten gekommen sei, um die Regierung von Mexico zu übernehmen. Diese Facten wurden sofort dem Vereinigten-Staaten-Consul und dem Commandanten Leroy mitgetheilt, welche zu einer Berathung zusammentraten, um sich über die zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen, da sie die Angaben Santa Anna's für falsch hielten. Commandant Leroy begab sich unmittelbar nach der Berathung an Bord des „Virginia“ und theilte Santa Anna mit, daß er und sein Gefolge sich auf den Vereinigten-Staaten-Dampfer „Tulahoma“ begeben müsse. Santa Anna und seine Begleitung leisteten der Aufforderung Folge, und er und seine Gefährten wurden während der nächsten Nacht auf dem „Tulahoma“ bewacht. Der Commandant hatte sogar dem Abenteurer für diese Nacht seine eigene Cabine abgetreten. Am nächsten Morgen wurde die ganze Expedition an Bord der „Virginia“ gebracht. Das genannte Schiff wurde vom „Tulahoma“ zwanzig Meilen weit in die offene See geleitet und hier in Freiheit gesetzt, mit der eindringlichen Mahnung an Santa Anna, nicht mehr in der Nähe der Küste zu erscheinen.

## Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind am 3. d. M. Abends 7 Uhr 47 Min. mit Separathofzug von Salzburg über Lambach nach Ischl abgereist.

— (Aus Wien.) Die Commune hat bereits mit dem Grafen Hoyos einen Vertrag wegen Ueberlassung der Stigensteiner Quelle abgeschlossen, laut welchem sie nebst der Ueberlassung von täglich 1800 Eimern Wasser aus der Leitung die Summe von 12000 fl. an den Grafen bezahlt.

— Die Gesammtkosten für die Vorkarben zur Wasserversorgung Wiens beliefen sich mit Ende 1866 bereits auf 211.267 fl. 22 1/2 kr. — Für den die Wiener Hochschule verlassenden Prof. Vonib fand am 5. d. M. eine Feier statt, die ihm die Studentenschaft in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste um das Studienwesen als Abschiedsfest widmete.

— (Aus dem Justizministerium.) Am Montag haben sich, wie die „W. Corr.“ berichtet, die Beamten des Justizministeriums von Sr. Excellenz Herrn Ritter von Komers verabschiedet. Der Herr Sectionschef von Mitis wendete sich, nachdem er an Herrn v. Komers Abschiedsworte gerichtet hatte, mit einer Ansprache an den neuernannten Herrn Justizminister, der seit bald 20 Jahren dem Ministerium angehört. Sr. Excellenz Herr v. Gye nahm in einer kurzen herzlichen Erwiderung die kräftigste Unterstützung für die großen Aufgaben, deren Lösung dem Justizministerium obliegt, in Anspruch.

— (Der Reichskanzler Freiherr v. Beust) hat aus den ungarischen Kreisen, in denen die Herausgabe eines Krönungsalbums vorbereitet wird, das dringende Ersuchen empfangen, sich zu Pferde genau so, wie er an dem Krönungszuge theilgenommen hat, photographisch aufnehmen zu lassen. Man legt in jenen Kreisen großen Werth darauf, das Bild des mit dem denkwürdigen Aufzuge gewiß für alle Zeiten historisch verflochtenen Staatsmannes dem ungarischen Gedächtnisse einverleiben zu können. Sr. Excellenz hat in bereitwilliger Erfüllung des Ersuchens sich so, wie es gewünscht worden, zu Pferde und mit den großen Orden photographiren lassen.

— (Stand der Kinderpest.) Nach den bis zum 1. Juli d. J. eingelangten amtlichen Berichten ist der Stand der Kinderpest in Oesterreich folgender: In Galizien sind noch zwei Orte im Zpodagower und sechs Orte im Kobatynner Bezirke verseucht. In Ungarn herrscht die Seuche, welche im Neutraer Comitate erloschen ist, in fünf Gemeinden des Bieleser und Biharer Comitates und in Klein-Rumanien auf der zur Gemeinde Laczaza gehörigen Puszta Moriz-Gat.

— (Anleihe der Stadt Brody.) Eine Deputation des Gemeinderathes der durch den Brand so schrecklich heimgesuchten Stadt Brody befindet sich in Wien, um Sr. Majestät dem Kaiser, den beiden Häusern des Reichsrathes und dem Ministerium ein Bittgesuch um Bewilligung eines unverzinslichen Anlehens von einer halben Million Gulden zu unterbreiten.

— (Denkmaleinweihung.) Aus Königgrätz, 4. Juli, schreibt man: Der gestrige, in der Geschichte, insbesondere Oesterreichs, schmerzlich denkwürdige Tag wurde durch Einweihungen von Denkmälern für die gefallenen Tapferen in Probus, Chlum-Lipa, Langenhof-Rozbieric und Horenowes feierlich begangen. Das Denkmal bei Probus ist eine auf drei Sockeln stehende Pyramide. Am oberen Sockel das königlich sächsische Wappen, ferner die Inschriften: „Virtuti in bello; providentiae memor.“ — Das königl. sächsische Armeecorps den am 3. Juli 1866 Gefallenen.“ Der Generalleutnant Schimpf hielt eine kräftige Ansprache mit Bezug auf die hier bewiesene Tapferkeit der österreichischen und sächsischen Truppen. Mittags war Diner bei den Domänenbesitzern v. Prim. Die Frau Obristin Wirth hat zu den vielen Kränzen, welche allseitig gesendet wurden, einen großen schönen Kranz mitgebracht, welcher mit breiten schwarzgelben und grünweißen Bändern geziert war; an dem schwarzgelben Bande war die Devise: „Den treuen Alliierten“ angebracht. Dieser Kranz wurde für die königl. sächsische Kronprinzessin nach Dresden mitgenommen. — Weinade gleichzeitig fand bei Chlum-Lipa die Weihe des von Herrn Ritter Johann v. Liebig errichteten Denkmals statt. Das Monument ist 6 Klafter hoch, 2 Klafter nehmen der Capellenraum, 4 Klafter der darauf stehende Obelisk, ein vierseitiges Prisma bildend, ein. Die nischenartige Capelle nimmt 15 Schuh im Quadrat ein. In der Capelle ein Altar mit vergoldetem eisernen Crucifix, an den Seiten Marmortafeln mit der deutschen und böhmischen Inschrift: „Errichtet vom Domänenbesitzer Johann Ritter v. Liebig.“ Oberhalb der Thüre (deutsch und böhmisch) die Inschrift: „Den heldenmüthigen Kriegern Oesterreichs und Sachsens, 3. Juli 1866.“ Ferner wurde denselben Vormittag bei Rozbieric-Langenhof, unterhalb Chlum, ein vom k. k. Inf.-Reg. Graf Haugwitz seinen hier gefallenen Tapferen errichtetes Monument durch den Regimentscaplan eingeweiht. Gleichfalls heute wurde das Denkmal bei Horenowes feierlich eingeweiht. Hierauf begab sich der Zug auf den Friedhof zu den gleichfalls mit Blumen und Kränzen geschmückten Gräbern der für Kaiser und Vaterland gefallenen heldenmüthigen Krieger, wo kirchliche Ceremonien verrichtet wurden.

— (Erdbeben.) Der „Tagst.“ wird aus Oberburg, 5. Juli, geschrieben: Heute früh 2 1/2 Uhr verspürte man hier einen heftigen Erdstoß, von donnerähnlichem Rollen begleitet. Die Richtung desselben ging von Südwest nach Nordost. Die Erschütterung hat zwei Secunden gedauert.

— (Die Unglücks-Katastrophe im Kohlenfachte bei Lugau.) Die vorliegenden Berichte über den entsetzlichen Unfall lassen leider nur wenig Hoffnung auf Rettung der verschütteten Arbeiter. Ueber dem verfallenen Schacht sammelt sich das Wasser, ein Beweis, wie fest derselbe verrammelt ist, zugleich aber entspringt hieraus die Befürchtung, daß die unten befindlichen Arbeiter wegen Mangels an Luft bereits erstickt sind. Im Laufe des 3ten und 4ten Juli wurden alle möglichen Anstrengungen gemacht, um den Verschütteten, wenn auch nur Luft zuzuführen, allein alles vergebens, wenigstens berichtet ein Telegramm vom 4. Juli Mittags: Heute früh hat im Lugauer Schachte ein Tiefersürzer der Bruchmassen stattgefunden. Es wurde daher zunächst eine leere Tonne hinuntergelassen, wobei sich jedoch kein Lebenszeichen von unten kundgab. Sodann wurden zwei Leute in einer Tonne hinuntergelassen, welche um 11 Uhr wieder herauskamen und ausgesagt haben: in einer Tiefe von 736 Fuß sei abermals große Verstopfung im Schachte; nicht eine, sondern drei Bruchstellen seien vorhanden. Die Bohrversuche werden jetzt fortgesetzt, es ist jedoch leider nur wenig Hoffnung zur Rettung vorhanden.

— (Die preussische Regierung und die Spielbank in Wiesbaden.) Die „Nord. Allg. Ztg.“ bringt folgendes Communiqué: „Es ist doch eine gar zu naive Auffassung des Austrages, mit welchem der geheime Regierungsrath Wohlers sich nach dem ehemaligen Herzogthume Nassau begeben hat, wenn man, wie es in Berliner Blättern geschieht, diesem Beamten die Mission ertheilen läßt, sich von dem „Wesen des Spiels“ zu unterrichten. Daß es

dessen für die Regierung nicht noch erst bedarf, braucht kaum bemerkt zu werden. Sie ist über die sittliche Bedeutung des Spiels hinreichend aufgeklärt und hat durch die Thatfachen zur Genüge bewiesen, wie sie darüber denkt. Dafür sprechen ihre wiederholten Anträge am Bundestage, dafür spricht die Aufhebung der Spielbank in Aachen, endlich gibt davon Zeugniß der sehr bestimmt gefaßte bezügliche Artikel des preussischen Strafgesetzes. Die Reise des geheimen Regierungsrathes Wohlers hat zum Zweck, mit den nassau'schen Spielbanken in Verhandlung zu treten. Von einer Schonung der Spielbanken an und für sich ist dabei nicht die Rede, sondern nur von der Schonung der Communal- und Privat-Interessen, die durch ein scharfes Vorgehen allzu empfindlich verletzt werden könnten.“

— (Internationale Münzconferenz.) Die Arbeiten der Pariser Münzconferenz sind der „N. Fr. Pr.“ zufolge abgeschlossen; die Ratifications-Frist erstreckt sich bis zum 15. Februar 1868.

— (Gemüthliche Parlamentscene.) Wie gemüthlich es mitunter im englischen Parlamente zugeht, beweist folgende Thatfache: In der Sitzung des Unterhauses am 25. Juni Abends machte während der Verhandlung ein Mitglied darauf aufmerksam, daß das Haus nicht beschlußfähig sei. (Die Zahl sämmtlicher Unterhausmitglieder beträgt 658; zur Beschlußfähigkeit genügt es, wenn wenigstens 40 Mitglieder anwesend sind.) Der Sprecher (Präsident) begann zu zählen und gelangte bis 37; er war eben im Begriffe, das Haus als nicht vollzählig zu vertragen, als Mr. Crawford sich erhob und darauf aufmerksam machte, daß zwei Mitglieder hinter dem Stuhl des Sprechers verborgen seien. Die beiden Herren wurden richtig in diesem Versteck vorgefunden, der Sprecher zählte als der 40., und das Haus setzte gemüthlich seine Verhandlung fort.

— (Eisenbahn-Katastrophe.) Bei Warrington auf der Eisenbahn zwischen Liverpool und Birmingham hat am 29. Juni gegen Mittag ein fürchtbarer Zusammenstoß zwischen einem Passagierzug und einem vor ihm fahrenden Kohlenwagentrain stattgefunden. Der Locomotivführer und ein Heizer des Personenwagentrains retteten sich noch durch einen verzweifeltten Sprung. Zwei bis drei Personenwagen wurden zertrümmert, 5 bis 6 Personen auf der Stelle getödtet, über 30 mehr oder weniger schwer verwundet.

— (Aus Persien.) Man schreibt der „W. Ztg.“ aus Beirut, 20. Juni: Reisende, welche aus Teheran hier ankamen, erzählen von neuen haarsträubenden Acten der Justiz, die in letzterer Zeit dort ausgeführt worden sind. Einige der religiösen Secte der „Babi“ angehörige Individuen wurden am verhängnißvollen Gletschwange zur Nichtstätte geführt und daselbst in umgekehrter Leibstrichtung aufgehängt oder je nach erschwerenden Umständen in zwei Theile gespalten. Jedem dieser Unglücklichen war vor der Execution voller Pardon zugesichert worden, wenn er über das unsichtbare Haupt der Secte mit Namen „Bab“ öffentlichen Fluch aussprechen wollte; allein alle zogen den Tod vor, indem sie erklärten, daß sie zwar heute sterben, aber in drei mal vierzig Tagen mit verjüngten Kräften wieder erheben und an ihren Richtern Rache nehmen werden. Zehn abgeurtheilten Räubern sind die Hände oder Füße abgehauen worden, worauf die Gliederstumpfen in heißes Oel getaucht wurden, um die Verblutung zu verhindern und die Heilung zu befördern. Einer jungen schwarzen Slavin wurde wegen Diebstahls die rechte Hand abgehakt und die linke Brust ausgehakt. Eine hübsche Perserin wurde wegen Kuppelerei in Ketten gewickelt und darin unter Hin- und Herwallen erdroffelt. Eine Mithuldige wurde in einen Sack gebunden und in einen tiefen Brunnen geworfen.

## Locales.

— (Gemeinderaths-sitzung.) Am 10. d. M. Nachmittags 5 Uhr findet eine öffentliche Sitzung statt. Tagesordnung: Wahl des Bürgermeisters, Stellvertreters und der Gemeinderaths-Sectionen.

— (Stiftung.) Der k. k. Hauptmann in der Armee J. F. Trevisini hat ein Capital von 2000 fl. in 5perc. Obligationen gewidmet, aus deren Zinsenertragniß am Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers (18. August) zwei in den Kriegsjahren 1859 und 1866 invalid gewordene Krainer auf lebenslang betheilt werden sollen. Bewerber haben ihre Gesuche bis 5. August einzureichen. Das Nähere hierüber im heutigen Amtsblatte.

— (Ausflug des „Sokol.“) Einer freundlichen Einladung der Steiner Bürger folgend, unternahm vorgestern der Turnverein „Juzni Sokol“ einen Ausflug nach genannter Stadt, zu welchem sich über 60 Mitglieder desselben in der Winterturnhalle versammelten. Der Abmarsch war zwar auf 5 Uhr früh festgesetzt, da aber von den Eingezichneten viele wegen des drohenden Wetters nicht zu der festgesetzten Zeit erschienen, so marschirte man, nachdem man vorher die Fahne bei dem Herrn Bürgermeister Dr. Costa abgeholt, erst um 6 Uhr unter Trompetenklang vom Turnplatz ab bis nach Tscherniufsch, wo die von Stein entgegengesandten, mit nationalen Fahnen geschmückten Wagen besitzgen und der Weg bis Mannsburg unter fröhlichen Gesängen zurückgelegt wurde. Daselbst war ein Frühstück servirt und nachdem dieses eingenommen war, zerstreute man sich in dem Marktflecken, bis das Trompetensignal zur Abfahrt mahnte. Sowie die Wagen in Sicht der Stadt Stein kamen, trachten die Pöllersalven von der alten „Beste“, man stieg von den Wagen und näherte sich, den Herrn Bürgermeister und Vorstand des Turnvereins Dr. Costa an der Spitze, derselben. Unterwegs schloß sich noch eine Deputation des Krain-

Burger „Solol“ dem Zuge an. Vor der Stadt war eine schöne Triumphpforte errichtet, auf welcher sich auf der einen Seite die Inschrift „Dobro došli“, auf der anderen „Na zdravje“ befand. Hier wurde der Turnverein von dem Herrn Bürgermeister von Stein, Dr. P r e v e c, der Artilleriemusik und einer Volksmenge empfangen und durch die Stadt bis zu der durch Ehrenpforte, Sololembles und Nationalfahnen festlich geschmückten Festung und Bierbrauerei der Frau S v e t i n a geleitet, von wo man sich nach kurzer Rast in die Hauptkirche zur Anhörung einer h. Messe begab, bei welcher die Sänger der Laibacher Citalnica die Musik und den Gesang besorgten. Nach derselben wurde die Fahne zum Herrn Bürgermeister von Stein in Verwahrung gebracht und die Sololci und anderen Gäste zerstreuten sich, um die verschiedenen Sehenswürdigkeiten der Stadt zu besichtigen. Um 1 Uhr versammelte eine Festafel sämtliche Theilnehmer des Festes in dem prächtigen Saale der Bierbrauerei, bei welcher die Artilleriecapelle und die Sänger die beliebtesten Piecen vortrugen. Die ungebundenste Heiterkeit und Frohsinn herrschten, welche sich auch bald in Toasten, secundirt mit Pölleralkoven, Bahn brachen, die auf die drei anwesenden Bürgermeister von Laibach, Stein und Krainburg, dann auf den ebenfalls anwesenden Compositour des „Naprej“, Herrn Davorin Jenko, auf die Wechselfeitigkeit der Slaven u. u. ausgebracht wurden. Als aber die Klänge einer Polka française ertönten, da war die Tafel in einem Nu aufgehoben und man huldigte Terpsichoren, trotz der ziemlich Hitze in dem wirklich schönen Saale, mit einer Ausdauer, welche von Nichttänzern bewundert wurde. Bei der Quadrille konnte man einen wahrhaft bezaubernden Kranz von Steiner und Laibacher Damen bewundern. Um sechs Uhr hatte der „Solol“ eine traurige Pflicht zu erfüllen, weshalb auch der Tanz aufgehoben wurde, nämlich dem Leichenbegängnisse des verstorbenen Pater Guardian des Steiner Franciscanerklusters, eines allbekannten Mannes, beizuwohnen, was aber durch einen eben beginnenden heftigen Regen vereitelt wurde, und so begab sich nur ein Doppelquartett zum Leichenbegängnisse, um bei der Hebung und Versenkung der Leiche Trauerchöre zu singen. Nach dem Leichenbegängnisse begann man sich zur Heimkehr vorzubereiten, man nahm von Bekannten und Freunden Abschied mit dem befriedigenden Bewußtsein eines schön verlebten Tages, welchen die Gäste gewiß im lieben Andenken behalten werden. Nach 8 Uhr rückten die Wagen nach und nach gegen Laibach ab, wo der letzte mit der Fahne um 1 Uhr Nachts ankam.

Neueste Post.

Während man aus Paris schreibt, daß der Sultan seinen Plan, Wien zu besuchen, aufgegeben habe, melden Pester Blätter aus angeblich besser Quelle, daß der türkische Kaiser nach seinem Besuche am Hoflager in Wien nicht über Triest, sondern via Pest-Ofen nach Constantinopel zurückreisen und hiebei einen Separat-Dampfer benützen werde. Der Beherrscher aller Gläubigen wird hiebei entweder von Sr. Majestät oder von zwei Herren Erzherzogen begleitet sein. In Ofen wird Sr. Majestät der türkische Kaiser in der königlichen Burg absteigen und wahrscheinlich zwei Tage verweilen, dann aber vom türkischen Botschafter am Wiener Hofe und von einem der ungarischen Minister bis Semlin begleitet werden. Der Sultan kann weite Seereisen nicht vertragen und demzufolge ist ihm auf Rath der Aerzte die Tour über Pest, als die für seine Gesundheit zweckdienlichste, vorgeschlagen worden, da die Donauraufe bis zum schwarzen Meere eine bequeme und die Reise auf dem letzteren eine kurze und weniger aufregende als jene von Triest nach Constantinopel ist.

Aus Pola wird der „Tr. Ztg.“ geschrieben: Die „Novara“ hat teleg. Ordre erhalten, nach Veracruz abzugehen, um den Rest der österr. Freiwilligen, circa 600 Mann, abzuholen. Es heißt, daß der zweite Maschinist an Bord derselben den großen Treffer der Creditlose gemacht haben soll.

Aus Ancona, 4. Juli, wird gemeldet, daß in den letzten Tagen unter den zahlreichen aus Rom kommenden Reisenden mehrere Cholerafälle bei den verschiedenen Zwischenstationen der Eisenbahn zwischen der römischen Grenze und Ancona constatirt worden sind.

Wien, 6. Juli. Die Börse war fest, Fonds und Actien wurden größtentheils zu besseren Coursen umgesetzt, namentlich die um 6 fl. gestiegenen Bankactien, Devisen und Geld flüssig. Geschäft unbelebt.

Table with columns: A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), and sub-columns for Geld and Waare. Includes entries for Salzburg, Böhmen, Mähren, etc.

Der Sanitätsrath letzterer Stadt hat deshalb die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

In Ruffinpiccolo, Porenzo, Pirano, Portore, Rovigno, Sebenico, Zengg, Spalato und Zara wurden ital. Consularagenten gerichtet.

Florenz, 5. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer begann die Discussion über den Gesetzentwurf zur Liquidirung des Kirchengutes. Massari bezeichnet die Freiheit als den einzigen Weg, der nach Rom führe, und ist daher gegen das vorliegende Project, weil es für den Clerus nur neue Ketten schmiede. Rattazzi erklärt, daß die Regierung das Commissionsproject als Grundlage der Discussion annehme, mit dem Vorbehalte, einige Abänderungen anzubringen. Auch läßt sie das Uebereinkommen mit dem Hause Erlanger fallen, welches damit einverstanden ist, ohne irgend eine Entschädigung zu begehren. Niceli macht einige persönliche Anspielungen auf Lamarmora, dem er unter anderm vorwirft, er habe in Turin erklärt, daß Triest kein italienisches Land sei, worauf Lamarmora sich bereit erklärt, über sein politisches und militärisches Verhalten während des letzten Krieges jeden Tag Rechenschaft zu geben. Rossi will, daß man endlich zu einem politischen Resultate gelange, da 99/100 der Italiener ängstlich darauf warten, ob es dem Parlamente gelinge, Geld herbeizuschaffen.

6. Juli. In der heutigen Sitzung erklärte sich Cairoli gegen jede Staatsreligion, aber zu Gunsten des vorliegenden Projectes. Pisanelli will die Abschaffung des Placet und des Recurres ab abusu. Pepoli erklärt sich gegen den Gesetzentwurf, weil er im Widerspruch stehe mit dem Beschlusse vom 29. März 1861, wodurch Rom zur Hauptstadt Italiens erklärt wurde. Albisi vertheidigt sein eigenes Project, worauf die Discussion vertagt wird. Garibaldi's Hofstaat ist durch einen „Ehrenadjutanten“ und einen „Honorararzt“ vermehrt worden. Zu ersterem hat der General den Befizier, zu letzterem den Arzt der Badeanstalt in Monsummano ernannt. Einen Hofcaplan und Hofprediger besetzt Garibaldi befanntlich schon an dem Pater Pantaleo. Die Budgetcommission reducirt das Marinebudget auf 40,163,858 Fr., 2,182,109 weniger als die Regierung verlangt.

Athen, 5. Juli. Reschid Pascha, der in Eracelion eindringen wollte, wurde am 25. Juni von den Insurgenten der Dsiprovinzen geschlagen. Ein ganzes türkisches Bataillon wurde aufgerieben. Die Türken haben sich bis Algia Varvara zurückgezogen. Die Expedition Dmer Pascha's gegen Sphakia fand noch nicht statt.

Telegramme.

Pest, 7. Juli. Der „Lloyd“ meldet: in der gestrigen Conferenz der Comitatscommission bekämpfte der Obernotar Rakoczyn den Antrag, daß die Comitatsgemeinden gehalten sein sollen, auf das ungarische Amtsblatt zu pränumeriren; er erachtet die Einschleppung des Regierungsblattes in den Gemeinden aus politischen Gründen für bedenklich. Paul Nharv motivirte die Nothwendigkeit des Amtsblattes für die Gemeinden und die Majorität stimmte ihm bei. In den Conscriptiionslisten zur Bildung der Schwurgerichte für Preßvergehen ist, obwohl die Qualifikation von der Confession unabhängig ist, dennoch kein einziger hiesiger Israelit eingetragen. Der „Lloyd“ tritt dieser ungerechtfertigten Unterlassung entgegen. Die Honveds haben heute Nachmittag eine Generalversammlung, an welcher gewählte Deputationen sämtlicher Honvedvereine des Landes theilnehmen. „Magharorszag“ spricht die Hoffnung aus, die Versammlung werde von ihrer Aufgabe, der Regierung bezüglich der Unterstützung der hilfsbedürftigen Honveds und der Witwen und Waisen mit ihren Rathschlägen behilflich zu sein, nicht abweichen.

Paris, 6. Juli. Im gesetzgebenden Körper wurde heute die Budgetdebatte fortgesetzt. Larabure sagte: Die Politik der Regierung war eine unbedachtsame, als sie die Einigung Italiens und das Anwachsen Preußens zuließ. Wir müssen uns auf eine

Zukunft von Conflicten mit Preußen gefaßt machen. Die beiden neuen Staaten werden sich vereinigen, um uns zu schwächen, sowie sie sich vereinigt haben, um Oesterreich zu schwächen. Der Redner hegt auch Bedenken bezüglich Russlands und fährt fort: Es ist daher nothwendig zu rüsten, um nicht von den Ereignissen überrascht zu werden. Unser bester und stärkster Verbündete in den zu gewärtigenden Eventualitäten ist Oesterreich.

Paris, 8. Juli. (Tr. Ztg.) Der „Moniteur“ meldet: Die kaiserl. Majestäten begannen gestern ihre Audienzen mit jener des Fürsten von Montenegro. Der Sultan reist am Donnerstag nach England. Preußen hat den Befehl zu gänzlicher Räumung Luxemburgs gegeben.

Brüssel, 7. Juli. Nur die Königin ist Nachts nach Miramar abgereist. Der König, der Graf und die Gräfin von Flandern begleiteten Ihre Majestät zum Bahnhof.

New-York, 6. Juli. (Tr. Ztg.) Nachrichten aus Mexico melden die Erschießung Santa Anna's.

New-York, 6. Juli. (Kabeltelegramm.) Die Fremden-Region ist in Mobile eingelangt.

Telegraphische Wechselcourse vom 8. Juli.

5perc. Metalliques 59.60. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.75. — 5perc. National-Anlehen 69.90. — Bankactien 713. — Creditactien 189.40. — 1860er Staatsanlehen 89.40. — Silber 122.50. — London 125 50. — R. f. Ducaten 5.93.

Geschäfts-Zeitung.

Nationalbank. Gutem Vernehmen nach wurde in einer sechsten mit Zuziehung des Bankausschusses abgehaltenen Sitzung beschlossen, die bisher auf mehrere Hauptfilialen beschränkte Gleichstellung mit der Wiener Bank in Ansehung des Zinsfußes für Escompt und Rimeffen auf alle Filialen gleichmäßig auszudehnen. (Beid.)

Steierische Eisen- und Stahlcompagnie. In London ist soeben der Prospect einer zu gründenden steierischen Eisen- und Stahlcompagnie ausgegeben worden. Das Capital ist auf 500.000 Pfd. St. festgesetzt, von welchem zunächst die Hälfte emittirt werden soll. Die Actien lauten auf 20 Pfd. St. Es handelt sich dabei um den Ankauf gewisser Eisen- und Kohlenwerke in Steiermark und damit im Zusammenhang um die Production von Stahl und Bessemermetall.

Getreideausfuhr. Die „Trierer Ztg.“ berichtet: Aus England kamen in den letzten Tagen bedeutende Bestellungen auf Getreide an Triest an. Die sich damit befassenden größeren Handlungshäuser schickten sofort ihre Agenten nach Ungarn, um Einkäufe zu machen; bisher sollen schon über zwei Millionen Megen aufgelauft worden sein. Der Export dieses Getreides wird, so darf man hoffen, vielen unserer Schiffe, die seit einiger Zeit unthätig liegen, Beschäftigung geben.

Angekommene Fremde.

Am 6. Juli. Stadt Wien. Die Herren: Schwarz, Kaufm., von Pest. — Röder, Privatier, und Baron Lattermann, k. k. Oberlandesgerichtspräsident, von Graz. — Lattai, k. k. Postmeister, von Capodistria. — Dgrinz, k. k. Bezirksvorsteher, von Loisch. — Pichler, Postal, Fabian und Fändrich, Kaufm., von Wien. Clephant. Die Herren: Neumann, Kaufm., von Agram. — Potočnik, Fabricant, von Kropf. — Jenko, Privatier, von Belgrad. — Feigelsch, Optiker, von Pest. — Fischer, Ingenieur, und Schad, von Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach. Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in vacuo, in vacuo reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Linien.

Verantwortlicher Redacteur: Anna v. Kleinmahr

Verantwortlicher Redacteur: Anna v. Kleinmahr